

**Wirtschaftspolitik neu denken!**

**Perspektiven für eine sozialdemokratische  
Wirtschaftspolitik**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22

**Inhaltsverzeichnis**

Die wichtigsten Punkte in Kürze ..... 4

Einleitung..... 5

1. Die Finanzmarktkrise als Zäsur: Deregulierte Finanzmärkte und ungleiche Einkommensverteilung sind makroökonomisch schädlich! ..... 6

2. Die gesellschaftliche Spaltung hat zugenommen ..... 9

3. Nur Wachstum schafft Arbeit – Arbeitsmarktpolitik muss die Beschäftigungsqualität verbessern ..... 10

4. Raus aus der Falle von Steuersenkungen und Sparzwang – die Finanzpolitik muss der Entstaatlichung entgegenwirken ..... 13

5. Eine solidarische Bürgerrente kann Einkommen sichern, Ungleichheit vermeiden und Lohnnebenkosten senken..... 16

Perspektiven für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik - Zusammenfassung ..... 19

## 1 Die wichtigsten Punkte in Kürze

2 Die Wirtschaftskrise verlangt nach sozialdemokratischen Antworten. Deswegen beschreiben wir als  
3 Sozialdemokraten oder der Sozialdemokratie nahe stehende Ökonomen in diesem Papier die  
4 wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands und versuchen, gangbare  
5 wirtschaftspolitische Alternativen aufzuzeigen. Die Bereiche, die wir hier untersuchen, sind die  
6 Finanzmarktpolitik, das zunehmende Auseinanderklaffen der Gesellschaft in Arm und Reich, die  
7 Arbeitsmarktpolitik, die Finanzpolitik und die Rentenpolitik.

8 Im ersten Teil diskutieren wir die Finanzmarktpolitik. Wir stellen fest, dass das Zusammenspiel der  
9 Liberalisierung der Finanzmärkte, den globalen Ungleichgewichten der Handels- und Kapitalströme  
10 sowie dem zunehmenden Schwinden der Massenkaufkraft die momentane Finanz- und  
11 Wirtschaftskrise verursacht hat. Wir schlagen konkrete Maßnahmen zur Regulierung des  
12 Finanzsektors vor, fordern aber auch eine größere politische Debatte darüber, welche Rolle die  
13 Finanzmärkte in Deutschland und Europa spielen sollen.

14 Im zweiten Teil zeigen wir genauer, dass das Schwinden der Massenkaufkraft in Deutschland auch  
15 der zunehmenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen geschuldet ist. Dabei hat nicht nur  
16 die relative Ungleichheit zugenommen. Die Armen sind auch absolut ärmer geworden – sie haben  
17 real an Kaufkraft verloren. Das scheint uns das zentrale soziale und wirtschaftliche Problem  
18 Deutschlands zu sein.

19 Der Arbeitsmarktpolitik wenden wir uns im dritten Teil zu. Hier stellen wir – im Einklang mit  
20 international renommierten Ökonomen - fest, dass die Arbeitslosigkeit vor allem durch die  
21 ökonomische Gesamtnachfrage bestimmt wird. So ist die Arbeitslosigkeit nicht durch die  
22 Deregulierung der letzten Jahre, sondern durch die starke Auslandsnachfrage gesunken. Wegen der  
23 Wirtschaftskrise wird diese aber absehbar in nächster Zukunft sehr viel geringer ausfallen. Die  
24 Deregulierung hat aber die sozialen Probleme wie die Präkarisierung und die zunehmende  
25 Einkommensungleichheit befördert. Wir plädieren deswegen für die Einführung eines  
26 flächendeckenden Mindestlohns und die Einführung eines öffentlich geförderten  
27 Beschäftigungssektors. Darüber hinaus müsste die Gesamtnachfrage stärker gefördert werden.

28 Im vierten Teil analysieren wir die Finanzpolitik. Wir stellen fest, dass dem Staat durch die  
29 Steuersenkungen der letzten Jahre wichtige Einnahmen entgangen sind, während den  
30 anschließenden Sparbemühungen vor allem investive und Bildungsausgaben zum Opfer gefallen sind.  
31 Das hat zu einer zunehmenden Entstaatlichung in wichtigen Zukunftsbereichen geführt. Wir schlagen  
32 vor, die Einkommens- und Unternehmenssteuern wieder zu erhöhen, um damit die  
33 Finanzierungslücken zu schließen und in zukunftsfähige Bereiche zu investieren.

34 Im fünften Teil zeigen wir, wie die teilweise Umstellung der Rente auf das Kapitaldeckungsverfahren  
35 die Ungleichheit im Rentensystem und das Risiko der Rente erhöht hat. Wir schlagen eine  
36 solidarische Bürgerversicherung in der Rente vor, die auf dem Umlagesystem beruht. Dadurch  
37 würden die Lohnnebenkosten, die Ungleichheit und das Rentenrisiko stark gesenkt werden.

38

## 1. Einleitung

Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss den Menschen Hoffnung machen und sich ihrer Bedürfnisse, Nöte und Ängste annehmen. Sie muss das Auseinanderklaffen der Gesellschaft verhindern und Solidarität so organisieren, dass sich Menschen in Freiheit entfalten können. Dazu ist es notwendig, die Sozialdemokratie wieder zu einem glaubwürdigen Anwalt der Interessen der Mehrheit zu machen.

Zu viel haben auch wir Sozialdemokraten uns darauf verlassen, dass Märkte und Privatwirtschaft schon alles zum Besseren richten werden, und dass der demokratische Staat sich am besten aus der Wirtschaft heraushalten sollte. Und mehr noch: dass der demokratische Staat sich die Methoden der Privatwirtschaft aneignen sollte, weil diese scheinbar in allen Bereichen überlegen seien. Die Finanzkrise und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich haben gezeigt, dass diese Politik viel Unheil angerichtet hat.

Deswegen verlangt die Zeit wieder nach wirklichen sozialdemokratischen Antworten. Wir müssen wieder für unsere sozialdemokratischen Antworten und Lösungen einstehen und streiten - auch gegen konservative Leitartikel und andere Mäkler. Wir dürfen demokratische Politik nicht mehr als pure Reaktion auf vermeintliche „Sachzwänge“ angehen, die die „Gesetze des Marktes“ oder die Globalisierung uns vorschreiben scheinen. Das Vertrauen der Menschen und damit die Möglichkeit, unsere Politik zu verfolgen, werden wir nur dann gewinnen, wenn wir wieder die Deutungshoheit darüber finden, wie man wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich zusammenführen kann.

Im Folgenden beschreiben wir als junge Ökonomen die ökonomischen und sozialen Probleme, die wir als Sozialdemokraten oder der Sozialdemokratie nahe stehend sehen. Wir wollen zeigen, welche aus unserer Sicht falsche Analyse zu einer Politik geführt hat, die diese Probleme oft verschlimmert hat.

Diese Kritik – auch an der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre - ist bitter, aber sie muss geleistet werden. Nur wenn wir uns eingestehen, dass wir Fehler gemacht haben, dass wir uns zu sehr der Deutungshoheit der Neoliberalen gebeugt haben, können wir Vertrauen und dann auch wieder politische Verantwortung zurückgewinnen. Diese Kritik soll nicht nur Mäkelei sein - wir hoffen, dass sie auch befreiend wirkt und der Sozialdemokratie neue Perspektiven für ihre Politik eröffnet.

Denn uns geht es hier vor allem darum, an konkreten Politiken auf dem Finanzmarkt, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Einnahmen und Ausgaben des Staates und bei der Rentenpolitik zu zeigen, wie sich wirtschaftliche Dynamik und Solidarität vereinen lassen. Wir glauben, dass gesellschaftliche Solidarität der Entfaltung des einzelnen nicht entgegensteht, sondern erst ihre Grundlage ist. Nur wenn wir davon ausgehen und dafür kämpfen, können wir als Sozialdemokratie wieder erfolgreich werden.

37

## 2. Die Finanzmarktkrise als Zäsur: Deregulierte Finanzmärkte und ungleiche Einkommensverteilung sind makroökonomisch schädlich!

Die Finanzmarktkrise wirft ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten des anglo-amerikanischen Wachstumsmodells. Die anglo-amerikanischen Länder haben zwar seit Mitte der 1990er Jahre ein relativ hohes Wachstum und eine günstige Beschäftigungsentwicklung verzeichnet. So glaubten auch in Deutschland viele, dass sich mit deregulierten Finanz- und Arbeitsmärkten sowie einer kapitalmarktorientierten Politik hohes Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit erreichen ließen. In der Krise ist allerdings deutlich geworden, dass das anglo-amerikanische Modell primär auf massiver Verschuldung aufgebaut war. Nur diese Verschuldung sicherte den fortgesetzten Konsum der privaten Haushalte. Denn die Löhne der Mittelschicht haben seit den 80er Jahren stagniert, was zu einer riesigen Ungleichheit der Einkommen und Vermögen geführt hat. Viele einfache Briten und Amerikaner stehen nach der Krise verschuldet, verarmt und vielfach ohne Rente da. Dieses Modell darf kein Vorbild für Deutschland sein.

Zur Analyse der Krise gehört allerdings auch die Erkenntnis, dass die deutschen Unternehmen über Jahre hinweg unmittelbar vom schuldenfinanzierten anglo-amerikanischen Wachstum profitiert haben. Es war wesentlich der Hunger nach Importen der anglo-amerikanischen Wirtschaften, der die deutschen Exporte möglich gemacht und damit das deutsche Wachstum von 2005 bis 2008 getrieben hat. Obwohl die Beschäftigung durch die Exporte angestiegen ist, hatte das exportgetriebene Wachstum einige negative gesamtwirtschaftliche Folgen.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die hinter dem Anstieg der Exporte stand, wurde durch eine jahrelange Lohnstagnation erkaufte, die in der OECD-Welt einmalig ist. Die real sinkenden Lohneinkommen insbesondere im unteren Einkommensbereich haben ihrerseits zu einer Stagnation des privaten Konsums geführt und damit die Wirtschaft einer wesentlichen Wachstumsstütze beraubt. Dazu kommt, dass die einseitige Fokussierung auf die Exporte als Wachstumsmotor die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Auf und Ab des Weltmarktes massiv verstärkt hat. Der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt, der 1991 noch bei rund einem Viertel lag, ist bis 2008 auf fast die Hälfte gestiegen. Deswegen hatte Deutschland in der Krise unter den Industrieländern direkt nach Japan auch den stärksten Wachstumseinbruch.

Eine weitere negative Konsequenz des Exportüberschusses war, dass viele deutsche Banken das in den Exporten erwirtschaftete Geld falsch investiert haben. Sie haben es nicht für inländische Investitionen in Sachkapital, sondern für Finanzspekulation im Ausland bereit gestellt. Das lag auch daran, dass wegen der Wachstumsschwäche Deutschlands die Renditen aus inländischen Investitionen gering erschienen, während die Renditen auf den Kapitalmärkten Großbritanniens, der USA oder Spaniens so viel mehr versprochen.

Das Platzen der Immobilienmarktblasen und die sich anschließende globale Finanz- und Wirtschaftskrise haben folglich nicht nur die vom Exporterfolg abhängigen deutschen Unternehmen sondern auch die Banken und mit ihnen viele inländische Sparer und Kreditnehmer hart getroffen. Am Ende müssen Steuerzahler und Arbeitnehmer die Kosten der Krise begleichen. Die Bürger müssen

1 die Rettung von Banken und anderen Unternehmen mit ihren Steuern bezahlen, Arbeitnehmerinnen  
2 und Arbeitnehmer mit ihren Arbeitsplätzen.

3 Obwohl wir jetzt sehen, dass das anglo-amerikanische Modell nicht nachhaltig war, müssen wir  
4 feststellen, dass auch wir Sozialdemokraten uns zu sehr von ihm haben inspirieren lassen. Das zeigt  
5 sich insbesondere in der Liberalisierung der Arbeits- und Finanzmärkte (zu den Arbeitsmärkten später  
6 mehr). Die Zulassung von Hedgefonds und die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen in  
7 Deutschland haben dazu geführt, dass sich die Deutschland-AG – also die Verflechtung großer  
8 Unternehmen und Banken - aufgelöst hat und zunehmend internationale Investoren die Kontrolle  
9 der Unternehmen übernommen haben. Das muss an sich kein Problem sein. Bloß sind diese  
10 Investoren oft nur auf der Suche nach kurzfristigen Renditen und nicht am langfristigen Erfolg und  
11 Erhalt von Unternehmen interessiert.

12 Dies hat auch zu einer Zunahme der „Shareholder-Value“-Mentalität geführt, nach der es die  
13 wichtigste Aufgabe des Vorstandes ist, über alle verfügbaren Maßnahmen zur Kostenreduzierung  
14 den Aktienwert kurzfristig zu erhöhen. Legitime Interessen der Arbeitnehmer nach guten Löhnen und  
15 langfristig stabilen Beschäftigungsverhältnissen, aber auch die Bereitschaft der Unternehmen zu  
16 langfristig sinnvollen Investitionen sind durch diese Logik unter Druck geraten. Genau diese Faktoren  
17 waren aber Grundlage des Anstiegs des Know-Hows und der Qualität deutscher Produkte, die  
18 wesentlich zu deren Weltmarktführerschaft beigetragen haben. Die kurzfristige Ausrichtung auf  
19 Quartalsergebnisse und Aktienkurse gefährdet damit langfristig die Wachstumschancen der  
20 deutschen Wirtschaft.

21 Jetzt zeigt sich, dass die „Finanzinnovationen“ der letzten Jahrzehnte nur zu größerer  
22 Verschuldung und einer Verschleierung von Risiken geführt haben. Deswegen hat der US-Milliardär  
23 Warren Buffet sie auch als „Finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet. Die Akteure auf den  
24 Finanzmärkten, die im Besitz solcher Waffen sind, müssen stark überwacht und reguliert werden.

25 Auf der politischen Tagesordnung steht deswegen, dass die Finanzwirtschaft wieder eingehengt  
26 und in den Dienst von Gesamtwirtschaft und Gesellschaft gestellt werden muss. Deswegen sollte die  
27 SPD folgende Maßnahmen immer wieder anmahnen und verfolgen:

- 28 - Die Verschuldung der Banken begrenzen und für eine Erhöhung der notwendigen  
29 Eigenkapitalbasis sorgen. Damit wird es Banken schwerer gemacht, mit geliehenem Geld an  
30 Vermögensmärkten zu spekulieren.
- 31 - Die Eigenkapitalvorschriften (etwa im Sinne von Basel II und IFRS) müssen weniger pro-  
32 zyklisch wirken. Die Banken konnten sich im Aufschwung zu sehr verschulden und haben  
33 Überkapazitäten finanziert. Sie mussten im Abschwung aber plötzlich ihre Kredite verringern.  
34 Das führt zur Gefahr der Kreditklemme.
- 35 - Ein Finanz-TÜV müsste eingerichtet werden, der genau die Risiken von neuen  
36 Finanzinstrumenten für die Banken als auch für die Anleger prüft. Alle Arten von  
37 Finanzderivaten, die eigentlich nur eine Art Versicherungen sind, müssten auf den Prüfstand.
- 38 - Das Insolvenzrecht müsste so geändert werden, dass es die problemlose und  
39 ordnungsgemäße Auflösung einer Bank sichert. Es müsste klar zwischen „systemisch“

- 1 wichtigen und weniger wichtigen Banken unterschieden werden. Als systemisch wichtig  
2 eingestufte Banken müssten entweder viel mehr Eigenkapital vorhalten und schärfer  
3 reguliert werden oder schlicht zerschlagen und in kleinere Institute aufgeteilt werden.
- 4 - Banken sollten sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, nämlich die Bereitstellung von  
5 Krediten und des Zahlungssystems. Vieles spricht für eine EU-weite Trennung von Geschäfts-  
6 und Investmentbanken, wie sie jetzt auch in den USA diskutiert wird. Die Großbanken sollten  
7 wie Versorger behandelt und streng reguliert werden, um die Einlagen der Kunden und die  
8 Kreditversorgung der Unternehmen zu sichern. Investmentbanken könnten größere  
9 Freiheiten bekommen, dürfen aber im Fall von Spekulationsverlusten nicht gerettet werden.
  - 10 - Die Einrichtung von außerbilanziellen Gesellschaften (Conduits, Zweckgesellschaften,  
11 Structured Investment Vehicles) ohne Eigenkapitaldeckung muss verboten werden.
  - 12 - Der Eigenhandel mit Finanzinstrumenten muss stärker reguliert werden. Transaktionen, die  
13 rein spekulativen Zwecken dienen, müssen gesetzlich unterbunden werden.
  - 14 - International müsste eine Finanztransaktionssteuer erhoben werden, um kurzfristige  
15 Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten unattraktiv zu machen. Wenn das  
16 international nicht geht, muss sie zumindest in der Europäischen Union erhoben werden –  
17 und könnte damit auch die Einnahmen der Union erhöhen.
  - 18 - Insgesamt müsste die internationale Koordinierung der Finanzmarkregulierung gestärkt  
19 werden, besonders innerhalb der Europäischen Union.
  - 20 - Zu diesem Zweck sollte eine öffentlich-rechtliche europäische Ratingagentur eingerichtet  
21 werden. Lokale und regionale Gebietskörperschaften sowie ggf. auch Pensionsfonds,  
22 Versicherungen u.a. müssten verpflichtet werden, nur solche Finanzprodukte in ihr Portfolio  
23 aufzunehmen, die von der EU-Rating-Agentur mit einer bestimmten Mindestbewertung  
24 versehen sind.

25 Über diese technischen Regulierungen hinaus muss die SPD eine Diskussion darüber anstoßen,  
26 welche Rolle Banken und Finanzmärkte in unserer Gesellschaft spielen sollen. Welche Vorteile bieten  
27 sie? Wie können Risiken vermieden werden? Welcher Einfluss des Finanzsystems ist noch zu  
28 rechtfertigen? Kern dieser Frage ist, in welchem Ausmaß Renditeansprüche des Kapitals toleriert  
29 werden können. Die SPD muss wieder deutlich die Grundfrage stellen, wie das gemeinsam  
30 erwirtschaftete Einkommen zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt wird.

31 Diese Grundfrage stellt sich aber nicht allein mit Blick auf die Finanzmärkte. Sie muss auch wieder  
32 diskutiert werden, wenn man sich die Entwicklungen zwischen Arm und Reich in Deutschland  
33 anschaut. Eine zu große Einkommensungleichheit ist nicht nur aus Gründen der sozialen  
34 Gerechtigkeit abzulehnen, sondern auch makroökonomisch dysfunktional. Der SPD-Bundesparteitag  
35 2009 in Dresden hat daher zurecht gefordert, „auch die Auswirkungen der sinkenden Lohnquote  
36 sowie der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf das Entstehen der Finanzkrise (zu)  
37 untersuchen und Gegenstrategien (zu) entwickeln“. Die eigentliche Aufgabe der SPD muss es  
38 demnach sein, der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft zu begegnen. Dem widmen wir unseren  
39 nächsten Teil.

40

### 3. Die gesellschaftliche Spaltung hat zugenommen

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts war eine Periode der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung: Die Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen ist gestiegen, der Arbeitsmarkt ist zwischen „Normalarbeitsverhältnissen“ und zunehmend prekärer Beschäftigung auseinandergefallen und die sozial-räumliche Polarisierung in den Städten hat zugenommen.

Die relative Einkommensarmut ist allein zwischen 1998 und 2008 um knapp vierzig Prozent gestiegen. Das heißt, mehr als drei Millionen Menschen sind in Armut gefallen. Insgesamt hatten mehr als elf Millionen Menschen in Deutschland im Jahre 2008 ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Darunter finden sich vor allem Kinder, Alleinerziehende und junge Erwachsene. Auch die Armutsrate der alten Menschen ist in den letzten Jahren wieder gestiegen.

Dabei haben die Ärmsten nicht nur relativ, sondern auch absolut an Einkommen verloren. Zwischen 2000 und 2008 hat das ärmste Fünftel der Bevölkerung real mehr als acht Prozent seines Einkommens eingebüßt. Auch die Mittelschicht hat bei ihrem verfügbaren Einkommen verloren. Im Gegensatz dazu konnte das reichste Zehntel sein Einkommen real um knapp 15 Prozent steigern. Die Schere zwischen Armen und Reichen in der Gesellschaft ist weiter auseinander gegangen.

Auch zwischen West- und Ostdeutschland hat die Ungleichheit zugenommen. Hatten die Ostdeutschen Anfang des Jahrzehnts bereits ein Einkommen von 82 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht, ist dieses Verhältnis in den folgenden Jahren auf unter 78 Prozent gesunken.

Parallel zu diesen Entwicklungen beim Einkommen hat auch die Ungleichheit der privaten Vermögen in Deutschland deutlich zugenommen. Schon im Jahr 2002 verfügte das reichste Zehntel der Bevölkerung allein über 57 Prozent des gesamten Privatvermögens. Bis zum Jahre 2007 hat sich deren Anteil nochmals auf 61 Prozent vergrößert. Die ärmsten 70 Prozent der Bevölkerung halten dagegen weniger als neun Prozent des gesamten Vermögens. Deren Vermögensanteil ist zudem in den letzten Jahren weiter zurückgegangen.

Für einen Sozialstaat ist aber nicht nur die Entwicklung von Einkommen und Vermögen wichtig, sondern auch die soziale Mobilität, das heißt, ob sich individuelles Engagement noch lohnt. Hier zeigt sich eine ebenso zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich. Immer weniger Menschen gelang es in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt, wieder aus Armut heraus zu kommen. Andererseits verharren zunehmend wohlhabende Personen am oberen Rand der Einkommenshierarchie. Sozialer Aufstieg wird immer schwieriger.

Überdeutlich zeigen die verschiedenen Befunde, dass nur noch eine Minderheit vom gesellschaftlichen Wohlstand profitiert. Als Folge dieser Entwicklung schrumpfte die Mittelschicht – die Ränder der Gesellschaft haben entsprechend an Bedeutung gewonnen.

Maßgeblich für die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft sind die Veränderungen am Arbeitsmarkt und dabei besonders die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse. Atypische Beschäftigung (Solo-Selbständigkeit, geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leih- und Zeitarbeit) entwickelt sich zunehmend zu einem neuen Standard. Damit geht eine Ausweitung des

1 Niedriglohnsektors einher. Mehr als jeder Fünfte abhängig Beschäftigte ist hiervon betroffen. Das  
2 entspricht mehr als sechs Millionen Erwerbstätigen. Deswegen muss es zu Änderungen bei der  
3 Arbeitsmarktpolitik kommen, die wir im Folgenden diskutieren.

#### 4 **4. Nur Wachstum schafft Arbeit – Arbeitsmarktpolitik muss die** 5 **Beschäftigungsqualität verbessern**

6 Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben die Entwicklungen am Arbeitsmarkt bis zur jüngsten  
7 Wirtschaftskrise weitgehend so betrachtet, als seien sie von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
8 abgekoppelt. Wirtschaftswissenschaft und internationale Organisationen hatten besonders in den  
9 90er Jahren die Begründung geliefert: Wie an jedem anderen Markt, so müssten auch am  
10 Arbeitsmarkt flexible Preise zur Markträumung führen. Arbeitslosigkeit entstehe wegen zu hoher  
11 Löhne.

12 Als Gründe für diese „Lohnstarrheit“ wurde vor allem angeführt, dass zu umfangreiche soziale  
13 Leistungen für Arbeitslose den Anreiz zur Beschäftigungsaufnahme bei niedrigen Löhnen reduziere,  
14 dass ein zu starker gewerkschaftlicher Einfluss flexibleren (d.h. niedrigeren) Lohnabschlüssen  
15 entgegenstehe, und dass zu starre Kündigungsschutzregelungen die Unternehmen von Einstellungen  
16 abhielte. Kurz gesagt, Arbeitslosigkeit sei immer ein Problem der Institutionen auf den  
17 Arbeitsmärkten, die die Arbeitskosten zu hoch hielten.

18 Diese Theorie lieferte die intellektuelle Rechtfertigung für die Maßnahmen der Agenda 2010 zur  
19 "Arbeitsmarktflexibilisierung": von der Absenkung sowie der Verschärfung der Bedingungen für die  
20 Arbeitslosenunterstützung, über die Liberalisierung der Leiharbeit, bis hin zur Schwächung der  
21 Gewerkschaften und ihrer Lohnsetzungsmacht durch die massive Aufweichung der Tarifbindung.

22 Die internationale Sichtweise auf die Gründe für Arbeitslosigkeit ist längst deutlich differenzierter  
23 geworden. Wirtschaftsnobelpreisträger wie Robert Solow (insbesondere mit Blick auf Deutschland),  
24 Paul Krugman oder Joseph Stiglitz argumentieren schon seit langem, dass die gesamtwirtschaftliche  
25 Nachfrage der Hauptgrund für die Beschäftigungsentwicklung ist. Diese Sicht lässt sich auch jüngeren  
26 Publikationen der sonst sehr wirtschaftsliberalen Organisationen OECD und sogar des IWF  
27 entnehmen.

28 Mit dieser Sicht der Dinge tut sich die Mehrheit der deutschen Ökonomen hingegen weiterhin  
29 schwer. Entsprechend führen viele deutsche Ökonomen die Arbeitsmarkterfolge der  
30 Aufschwungjahre, ebenso wie die Robustheit des Arbeitsmarktes in der jetzigen Krise, maßgeblich  
31 auf die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010 zurück (die sie zuvor noch als richtig,  
32 aber völlig unzureichend gezeißelt hatten).

33 Die SPD sollte sich hüten, diese Sichtweise zu übernehmen - auch wenn sie scheinbar den Erfolg  
34 der eigenen Politik bestätigt und damit legitimiert. Tatsächlich ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass  
35 die Beschäftigungsgewinne der Jahre 2006-08 vor allem durch den weltwirtschaftlich getriebenen  
36 konjunkturellen Aufschwung entstanden sind. Aber man muss auch die Zusammensetzung dieser  
37 Beschäftigungsgewinne analysieren und ihre unübersehbaren negativen gesellschaftlichen und  
38 gesamtwirtschaftlichen Nebenwirkungen klar machen. Tut man das, zeigt sich unter anderem:

- 1 - dass sich ein Großteil des Beschäftigungsaufbaus im letzten Aufschwung in der atypischen  
2 Beschäftigung vollzog
- 3 - dass die Zahl der Arbeitssuchenden (also unterbeschäftigter Menschen, die gerne mehr  
4 arbeiten würden) im ALG-II-Bereich angestiegen ist, obwohl die Arbeitslosigkeit insgesamt  
5 zurückging
- 6 - dass das tatsächliche gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen (gemessen in Stunden) im  
7 Höhepunkt des jüngsten Aufschwungs kaum größer war als im Höhepunkt des vorherigen  
8 Aufschwungs im Jahr 2000
- 9 - dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor dramatisch zugenommen hat - und  
10 dass in diesem Sektor mittlerweile bis zu 80 Prozent formal qualifizierte und keineswegs  
11 gering qualifizierte Arbeitnehmer beschäftigt sind
- 12 - dass selbst im letzten Aufschwung die Einkommen der unteren und mittleren  
13 Einkommensgruppen real nicht zugenommen haben (und nebenbei die Armut- und  
14 Einkommensungleichheit in Deutschland in den Regierungsjahren der SPD stärker  
15 zugenommen haben als in jedem anderen OECD-Land).

16 Im Ausland bezeichnet man die Entwicklung der Beschäftigung in der tiefsten Wirtschaftskrise der  
17 deutschen Nachkriegsgeschichte als "deutsches Jobwunder". Aber diesem Wunder liegen gerade  
18 NICHT die Hartz-Reformen im Bereich der Arbeitsanreize oder des Ausbaus der atypischen  
19 Beschäftigung zugrunde. Diese Beschäftigungsformen, insbesondere die Leiharbeit, sind tatsächlich  
20 im Abschwung als erste rasch abgebaut worden. Es sind die "Normalarbeitsverhältnisse", d.h.  
21 langfristige, tarifgebundene Arbeitsbeziehungen mit breiter arbeitnehmerischer Vertretung im  
22 Rücken, die stabil geblieben sind. Nur im Rahmen dieser Beschäftigungsformen war und ist es  
23 möglich, Kurzarbeit umfassend und schnell zu organisieren und *Arbeitszeitflexibilität* über  
24 Arbeitszeitkonten sowie betriebliche und tarifliche Arbeitsanpassungen zu implementieren.

25 Beide Instrumente (Kurzarbeit und tarifliche bzw. betriebliche Vereinbarungen zwischen  
26 Arbeitgebern und Arbeitnehmern) sind in keiner Weise Produkt des Agenda 2010 oder der  
27 Arbeitsmarktreformen der rot-grünen und rot-schwarzen Regierungszeit. Im Gegenteil: Dort, wo  
28 letztere die Tarifbindung untergraben und Beteiligung der Arbeitnehmer zurückgedrängt haben, sind  
29 die notwendigen Strukturen für das Jobwunder überhaupt nicht mehr gegeben. Die Theorie, dass nur  
30 die Unternehmer Beschäftigung schaffen, die in ihrer Lohn- und Personalpolitik flexibel sind, ist  
31 gescheitert.

32 Die Krise zeigt das wie unter einem Vergrößerungsglas: Wo Arbeitsmärkte stark flexibel sind,  
33 werden auch die größten Beschäftigungsverluste verbucht. In den USA hat sich trotz eines nur halb  
34 so großen Wachstumseinbruchs wie in Deutschland die Arbeitslosigkeit in wenigen Monaten mehr  
35 als verdoppelt. In Dänemark, dem Parade-Land der "Flexicurity" des Arbeitsmarktes, ist sie seit  
36 Krisenbeginn gar um das anderthalbfache gestiegen.

37

## 1 **Arbeitsmarktpolitik makroökonomisch denken**

2 Die Sozialdemokratie muss erkennen, dass Arbeitsplätze nicht durch Arbeitsmarktreformen  
3 entstehen, sondern durch nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Das würde dazu führen, die  
4 Arbeitsmarktpolitik in Zukunft nicht weiter mit Zielen zu überfordern, die sie nicht erreichen kann.  
5 Die Wirtschaftspolitik (und dabei besonders die Fiskal- und Geldpolitik) ist für einen hohen  
6 Beschäftigungsstand zuständig. Die Arbeitsmarktpolitik dagegen muss vor allem die Qualität der  
7 Beschäftigung und ihre Verzahnung mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens im Blick  
8 behalten und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenwirken. Das bedeutet  
9 selbstverständlich nicht, dass Reformen grundsätzlich unnötig sind. Sinnvoll erachtete Reformen des  
10 Arbeitsmarktes müssen aber zwingend gesamtwirtschaftlich gedacht werden, d.h. die Rückwirkungen  
11 auf andere Bereiche der Wirtschaft müssen stets mit betrachtet werden.

12 Bei Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten (wie Mini- und Midijobs, aber auch der Ersatz  
13 der ABM durch „Ein-Euro-Jobs“) müssen Kompensationsmechanismen für die zwangsläufigen  
14 Einnahmeverluste in den Sozialversicherungen organisiert werden, (etwa in Form einer Umstellung  
15 der Sozialversicherungen auf ein System der Bürgerversicherung, zu dem wir später mehr schreiben).  
16 Maßnahmen, die auf Anreize zur Beschäftigungsaufnahme bei Arbeitslosen abzielen (wie Hartz-IV-  
17 Nebenverdienstmöglichkeiten, Minijobs, Ein-Euro-Jobs), müssen die Effekte auf das gesamte  
18 Lohnniveau und andere Jobs mitberücksichtigen (Stichwort: Mitnahmeeffekt).

19 Das wichtigste Element ist hier die Einführung eines Mindestlohns, um die Ausbreitung von  
20 Armutslöhnen zu verhindern. Man kann dabei selbstbewusst argumentieren, dass Mindestlöhne  
21 volkswirtschaftlich sinnvoll sind und nicht nur aus Erwägungen von Moral oder Fairness begründet  
22 werden müssen. Fairness spielt allerdings eine bedeutende Rolle, wenn die SPD das Vertrauen ihrer  
23 Stammklientel zurückgewinnen will, das durch die Hartz-Reformen massiv erschüttert worden ist.

24 Perspektivisch muss sich eine sozialdemokratische Beschäftigungspolitik darüber hinaus mit der  
25 Tatsache befassen, dass selbst auf dem Höhepunkt eines kräftigen Aufschwungs wie 2008 die  
26 deutsche Volkswirtschaft nicht in der Lage war, für 5,4 Millionen offiziell als Arbeit suchend  
27 registrierte Menschen ausreichend Beschäftigung zu schaffen.

28 Sozialdemokratische Regierungen in den nordeuropäischen Staaten stellen sich seit langem dieser  
29 Herausforderung mit einem umfangreichen Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors,  
30 insbesondere bei Gesundheit und Pflege – die beide für die älter werdenden Deutschen zentral  
31 werden. Damit einher gehen die bekanntermaßen deutlich höheren Werte bei Steuer- und  
32 Staatsquoten, deren Absenken in den vergangenen Jahren leider erklärtes Ziel sozialdemokratischer  
33 Regierungspolitik war.

34 Dieser Prozess des Absenkens der Steuer- und Staatsquote und seine Folgen für die Bereitstellung  
35 öffentlicher Güter und die Beschäftigung sollen im Folgenden beschrieben werden und Lösungen für  
36 einige Probleme vorgeschlagen werden.

37

1           **5. Raus aus der Falle von Steuersenkungen und Sparzwang – die Finanzpolitik**  
2           **muss der Entstaatlichung entgegenwirken**

3           Im internationalen Vergleich hat Deutschland in der Finanzpolitik in den vergangenen zehn Jahren  
4           einen Sonderweg eingeschlagen. Seit Ende der 1990er Jahre sind die gesamtstaatlichen Einnahmen  
5           und Ausgaben Deutschlands, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), deutlich unter den  
6           Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder gefallen. Die Staatsquote (Staatsausgaben relativ zum BIP) ist  
7           von 48 Prozent im Jahr 1998 auf 43,7 Prozent im Jahr 2008 gefallen. In den EU-15-Ländern ist sie im  
8           gleichen Zeitraum konstant geblieben und in den OECD-Ländern ist sie im Durchschnitt sogar  
9           gestiegen – freilich von einem geringeren Niveau aus.

10          Die gesamten Staatsausgaben Deutschlands sind von 1998 bis 2008 im Durchschnitt pro Jahr  
11          preisbereinigt gesunken. Dies war mit Ausnahme Japans in keinem anderen Land der Fall, für das die  
12          EU-Kommission Daten vorhält. Im Durchschnitt der EU-15-Länder sind die gesamten Staatsausgaben  
13          über denselben Zeitraum real um 1,8 Prozent pro Jahr gestiegen. Deswegen spricht der  
14          Wirtschaftsweisen Peter Bofinger zu Recht von einem „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ in Deutschland.

15          **Die Fortsetzung der Entstaatlichung ist durch die „Schuldenbremse“ und die schwarz-gelben**  
16          **Steuersenkungen vorprogrammiert**

17          Die politische Ökonomie dieses Rückbaus des Staates ist leicht zu durchschauen: Wenn die  
18          Einnahmen des Staates durch Steuer- und Abgabensenkungen wegfallen, erhöht sich zunächst, das  
19          staatliche Haushaltsdefizit. Wenn zugleich die Haushaltskonsolidierung zum höchsten politischen Ziel  
20          erklärt wird, werden Kürzungen der Ausgaben daraufhin alternativlos.

21          Dieses Schema konnte man schon nach den rot-grünen Steuerreformen zu Beginn der 2000er  
22          Jahre erkennen. Diese Reformen haben bei Einkommen- und Unternehmensteuer schrittweise zu  
23          Nettoentlastungen von knapp 45 Milliarden Euro pro Jahr geführt. Im Zusammenspiel mit einer  
24          schwachen konjunkturellen Entwicklung führte das ab 2002 zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits  
25          auf über drei Prozent des BIP und damit zur Verletzung des Europäischen Stabilitäts- und  
26          Wachstumspakts. Daraufhin hat die Finanzpolitik ab 2003 auf einen ausgabenseitig extrem  
27          restriktiven Kurs eingeschwenkt, der bis zum Jahr 2007 beibehalten wurde.

28          Haben sich Steuer- und Ausgabenkürzungen positiv auf die Investitionen ausgewirkt? Nein,  
29          vielmehr wurde im privaten wie im öffentlichen Sektor viel zu wenig in Bauten und Anlagen  
30          investiert. Das private Investitionsvolumen ist im letzten Jahrzehnt dramatisch geschrumpft, obwohl  
31          die Gewinne geradezu explodiert sind und die Steuerbelastung durch rot-grün enorm gesenkt  
32          worden war.

33          Die Regierungen haben auch das staatliche Investitionsvolumen stark zurückgefahren, denn die  
34          öffentlichen Investitionen fallen als flexibelste Ausgabeart in fiskalisch schwierigen Zeiten stets dem  
35          Rotstift zum Opfer: In den 90er Jahren ging es zunächst darum, die „Maastricht-Kriterien“ zu erfüllen,  
36          später darum, die Steuerausfälle aufgrund der rot-grünen Steuerreform sowie der hartnäckigen  
37          Stagnation zu „finanzieren.“ So sind die öffentlichen Nettoinvestitionen seit 2003 durchgehend  
38          negativ – das heißt, die öffentliche Infrastruktur verfällt.

1 Das Schema wird sich auch mit der schwarz-gelben Regierung fortsetzen. Nachdem die große  
2 Koalition ab 2007 die Haushaltskonsolidierung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auch von den  
3 Einnahmen her vorangetrieben hatte, sind im Rahmen der Konjunkturpakete erneut dauerhafte  
4 Steuersenkungen vorgenommen worden. Zusammen mit den von Schwarz-Gelb beschlossenen  
5 zusätzlichen Entlastungen durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ sind für 2010  
6 Einnahmeausfälle von insgesamt etwa 21 Milliarden Euro zu erwarten. Es ist abzusehen, dass der  
7 Rückbau des Staates durch Ausgabenkürzungen mittelfristig fortgesetzt wird. Das liegt vor allem an  
8 der in der der Zwischenzeit im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“. Diese sieht vor, die  
9 maximal zulässige „strukturelle“ Neuverschuldung des Bundes ab 2016 auf 0,35 Prozent des BIP und  
10 der Länder ab 2020 auf null zu begrenzen.

## 11 **Der Staat benötigt dringend eine verbesserte Finanzierungsbasis zur Erfüllung seines wirtschafts-** 12 **und gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruchs**

13 Der Rückbau des Staates war nicht nur deswegen schädlich, weil die Steuersenkungen und die dann  
14 nötigen Ausgabenkürzungen zu einer insgesamt zu schwach antizyklischen und teilweise sogar  
15 prozyklischen Finanzpolitik geführt haben - so dass konjunkturelle Trends wie die  
16 Wachstumsschwäche der 2000er Jahre sich noch fortgesetzt haben und damit auch die  
17 Arbeitslosigkeit lange auf zu hohem Niveau lag.

18 Problematisch war der Rückzug des Staates besonders wegen des Rückgangs der staatlichen  
19 Investitionsquote. Dadurch sind gesamtwirtschaftliche Wachstumsengpässe programmiert worden.  
20 Insbesondere wegen ihrer Vorleistungsfunktion bzw. wegen ihres komplementären Charakters für  
21 den privaten Sektor haben öffentliche Investitionen in die Infrastruktur auch langfristig positive  
22 Wachstumswirkungen. Sie verstärken auch private Investitionsentscheidungen, weil sie dazu  
23 beitragen, das Produktionspotential der Unternehmen zu vergrößern bzw. deren Produktionskosten  
24 zu senken. Durch das Ausbleiben öffentlicher Investitionen in den vergangenen Jahren hat sich in  
25 Deutschland eine Infrastrukturlücke in bedrohlichen Größenordnungen aufgebaut. Dies betrifft nicht  
26 nur die öffentlichen Investitionen in „Beton“, sondern auch die Ausgaben für Bildung und Ausbildung.

27 Kennziffern zur Ausbildung der Menschen zeigen, dass Deutschland im internationalen Vergleich  
28 nur einen Platz im hinteren Mittelfeld einnimmt. Zwar ist der Ausbildungsstand noch relativ hoch.  
29 Aber der Trend geht nach unten. Deutschland hat erheblich an Boden verloren. Dies ist vor allem  
30 darauf zurückzuführen, dass über einen langen Zeitraum die öffentlichen Ausgaben für Bildung -  
31 gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt - rückläufig waren.

32 Deswegen führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Wenn der Staat – unter Einhaltung der  
33 „Schuldenbremse“ – seinem gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch in Zukunft noch halbwegs  
34 nachkommen will, ist eine deutliche Erhöhung der Staatseinnahmen notwendig.

35 Ein paar wichtige Eckdaten lassen unmittelbar den dringenden Handlungsbedarf erkennen: Das  
36 als „strukturell“ betrachtete, gesamtstaatliche Defizit wird 2010 bei etwa 75 Mrd. Euro liegen, der  
37 größte Teil davon beim Bund. Dieser muss – nach Maßgabe der „Schuldenbremse“ – von 2011 bis  
38 2016 in gleich großen jährlichen Schritten abgebaut werden.

1 Neben diesem erheblichen Konsolidierungsbedarf besteht eigentlich Einigkeit darüber, dass die  
2 öffentlichen Investitionen „in Beton“ und „in Köpfe“ ausgeweitet werden müssen: Allein für eine  
3 Anpassung an den Durchschnitt der EU-15-Länder wären jährliche Mehrausgaben von über 30 Mrd.  
4 Euro für Infrastrukturinvestitionen und mindestens noch einmal dieselbe Summe für öffentliche  
5 Bildungsausgaben nötig. Das wären zwei Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes.

6 Wollte man die öffentlichen Ausgaben für Bildung nur auf das Ende der 90er Jahre erreichte  
7 Niveau anheben, so müssten zusätzlich mindestens 15 Mrd. Euro pro Jahr aufgewendet werden.  
8 Dabei geht es in erster Linie um Personalkosten. Nicht nur in den Schulen, auch in der vorschulischen  
9 Erziehung müssen die personellen Ressourcen erheblich aufgestockt werden.

10 Daran gemessen sind die im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vereinbarten Mehrausgaben für  
11 Bildung von zwölf Mrd. Euro über die gesamte Legislaturperiode völlig unzureichend. Bisweilen wird  
12 argumentiert, Haushaltskonsolidierung und verstärkte Zukunftsinvestitionen widersprechen sich  
13 nicht, wenn die „investiven“ oder „produktiven“ Ausgaben des Staates zulasten der „konsumtiven“  
14 oder „unproduktiven“ Ausgaben ausgeweitet würden. Eine klare Abgrenzung ist aber kaum möglich.  
15 Außerdem besteht nach dem „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ schlechterdings kein Spielraum mehr  
16 für weitere Ausgabenkürzungen.

#### 17 **Steuererhöhungen können ökonomisch relativ problemlos umgesetzt werden**

18 Eine Erweiterung der staatlichen Einnahmehasis sollte aus verteilungspolitischen Gründen und  
19 wegen der nachfrageseitigen Wirkungen so ausgestaltet sein, dass insbesondere die oberen  
20 Einkommensgruppen stärker belastet werden. Dies beträfe insbesondere die Vermögens- und  
21 Kapitaleinkommensbesteuerung sowie eine Erhöhung der Einkommenssteuer. Solange solche  
22 Steuererhöhungen Teil einer makroökonomisch abgestimmten finanzpolitischen Strategie sind, sind  
23 sie aus ökonomischer Sicht unproblematisch.

24 Allerdings gibt es auch Probleme, die bei einer staatlichen Infrastrukturoffensive zu sehen sind:  
25 Zum einen die föderale Aufgabenverteilung, zum anderen die Finanzierung. Die Finanzierungsfrage  
26 spielt infolge der Installierung der Schuldenbremse eine viel größere Rolle als bisher, denn den  
27 Haushalten von Ländern und Gemeinden ist es künftig nicht mehr erlaubt, ihre investiven Ausgaben  
28 über Kredite zu finanzieren.

29 Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind die Kommunen, für das Bildungswesen sind in erster  
30 Linie die Länder zuständig. Mit der Föderalismusreform hat der Bund Kompetenzen abgegeben, und  
31 es bedarf erheblicher Zugeständnisse an die Länder, damit sie sich wie gewünscht verhalten. Alle  
32 Reformversuche der Kommunalfinanzen haben es nicht geschafft, die konjunkturbedingten  
33 Schwankungen der Kommunalsteuern (Gewerbesteuer) zu glätten und den Gemeinden finanziellen  
34 Spielraum für einen nachhaltigen Investitionsschub zu verschaffen. Hier besteht in den nächsten  
35 Jahren Handlungsbedarf.

36 Ein geeignetes Instrument wäre die Wertschöpfungssteuer, doch lässt sie sich politisch unter den  
37 veränderten Bedingungen kaum durchsetzen. Die zweitbeste Lösung wäre, den kommunalen Anteil  
38 an der Mehrwertsteuer zu erhöhen; das Mehrwertsteueraufkommen ist eine vergleichsweise stetig

1 fließende Einnahmequelle. Ähnliche Überlegungen gelten für die Finanzierung der Bildungsausgaben.  
2 Auch in der Vergangenheit hat man die Umsatzsteuerverteilung geändert, wenn es in der föderalen  
3 Aufgabenverteilung zu Verschiebungen gekommen ist. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer selbst  
4 wäre mit unerwünschten, weil regressiven Verteilungswirkungen verbunden. Sie wäre nicht  
5 notwendig, wenn die Einnahmeverluste des Bundes durch die Mehreinnahmen einer Steuer auf  
6 Finanzmarkttransaktionen ausgeglichen werden könnten und die Länder die Vermögensteuer  
7 revitalisieren.

8 Auch im Sozialsystem sind in den letzten Jahren Fehler gemacht worden, die korrigiert werden  
9 müssen, wenn man dem Auseinanderklaffen der Gesellschaft entgegen will.

## 10 **6. Eine solidarische Bürgerrente kann Einkommen sichern, Ungleichheit** 11 **vermeiden und Lohnnebenkosten senken**

12 Eine fortschrittliche Rentenpolitik muss aus sozialdemokratischer Sicht das Auseinanderklaffen der  
13 Gesellschaft verhindern und allen Menschen die Angst vor dem Alter nehmen. Die Altersabsicherung  
14 muss Solidarität so organisieren, dass sich Menschen individuell in Freiheit entfalten und mit  
15 Zuversicht in die Zukunft blicken können. Die solidarische Bürgerrente kann das leisten.

16 Die Rentenreformen seit 2001 haben diese Grundsätze leider nicht verwirklicht. Der einschneidende  
17 Paradigmenwechsel in der deutschen Alterspolitik hat das Verhältnis zwischen gesetzlicher  
18 Absicherung und privater Altersvorsorge eindeutig zu Gunsten der privaten Vorsorge verschoben. Die  
19 Tragweite dieser Reformen ist immens: Das gesetzliche Rentenniveau ist um etwa 20 Prozent  
20 gesenkt worden. Das trifft nach einer OECD-Studie die Geringverdiener besonders stark, deren  
21 Anzahl in den letzten zehn Jahren massiv angestiegen ist. Bereits heute führt ein Stundenlohn von  
22 7,50 Euro – das ist die Mindestlohnforderung! – bei 45 Beitragsjahren zu einer monatlichen  
23 Nettorente unter dem Grundsicherungsniveau. Das wird absehbar zur Altersarmut führen und wird  
24 in größerem Maße Einkommensungleichheiten ins Alter fortschreiben. Das ist das Ergebnis einer  
25 Rentenpolitik, die allein die Beitragssatzorientierung im Fokus hat und sich von einer  
26 lebensstandardsichernden Alterssicherung verabschiedet.

27 Begründet wurden diese Maßnahmen in der öffentlichen Diskussion mit dem demographischen  
28 Wandel. Es stimmt, dass die Gesellschaft älter wird und damit die Ausgaben für die Rente steigen  
29 werden. Fest steht aber nur, dass ein größerer Teil der zukünftig erbrachten Wirtschaftsleistung für  
30 zukünftige Rentnerinnen und Rentner ausgegeben werden muss. Ob das privat durch Zins- und  
31 Renditezahlungen (etwa über die Riester-Rente) oder über das Umlageverfahren finanziert wird,  
32 ändert ökonomisch nichts. Für die Menschen führt die Teilprivatisierung der Rente aber dazu, dass  
33 das individuelle Risiko der Lebenssicherung im Alter steigt und den Menschen Zuversicht genommen  
34 wird.

35 Das wirkliche Finanzierungsproblem der Gesetzlichen Rentenversicherung ist nicht die Altersstruktur  
36 im Jahr 2050, sondern die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit, die Lohnstagnation der letzten  
37 fünfzehn Jahre und die Zunahme der prekären Beschäftigung. Die Gesetzliche Rentenversicherung  
38 (GRV) in Deutschland beruht auf dem intergenerativen Umlageverfahren, in dem die laufenden  
39 Rentenzahlungen finanziert werden durch die laufenden Beiträge der sozialversicherungspflichtig

1 Beschäftigten. Dieses sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ wird aber zunehmend seltener.  
2 Verstärkte Brüche in den Erwerbsphasen, veränderte Erwerbsverläufe und -formen sowie steigende  
3 prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefährden die Einnahmehasis und damit die Leistungsfähigkeit  
4 der GRV. Das erhöht das Risiko steigender Altersarmut und höhlt den legitimativen Anspruch an  
5 unser Alterssicherungssystem aus.

6 Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland wünscht sich eine Alterssicherung, die ein  
7 armutsfestes und menschenwürdiges Leben in der Altersruhephase ermöglicht. Eine fortschrittliche  
8 Rentenpolitik sollte demnach eine normative Zielvorgabe definieren, aus der sich eine sinnvolle  
9 Rentenpolitik für die Menschen ableiten lässt. Ein solches Ziel ist unweigerlich die annähernde  
10 Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards („Leistung muss sich lohnen“) nach  
11 Renteneintritt. Dieses Ziel wird, wenn die gesamten Reformmaßnahmen seit 2001 greifen, im Status  
12 Quo bei weitem nicht erfüllt werden. Die entgegen gehaltenen optimistischen Projektionen zum  
13 Gesamtversorgungsniveau beruhen hingegen auf vagen Annahmen. Bereits heute erreichen gerade  
14 einmal ein Drittel aller Neurentner eine Altersrente aus einer stabilen Beschäftigung heraus und nur  
15 jeder zehnte dieser Gruppe erreicht dies im Alter von 65 Jahren. Besonders prekär ist die Situation  
16 bei drei Vierteln der Langzeitarbeitslosen, die unter Inkaufnahme von Rentenabschlägen von bis zu  
17 18 Prozent in die Altersruhephase gehen.

18 Ein neues Rentenkonzept muss aus unserer Sicht folgende Kriterien erfüllen: Es muss den  
19 Lebensunterhalt im Alter und bei Invalidität in ausreichendem Maße sichern und zugleich  
20 Altersarmut vermeiden sowie eine nachhaltige Rentenfinanzierung durch eine größere  
21 Verteilungsgerechtigkeit im System erzielen. Das „Solidarische Bürgerrente“ wird diesen Kriterien  
22 gerecht und reagiert gleichwohl auf die demographische Entwicklung und den gesellschaftlichen  
23 Wandel.

24 Grundzüge der Solidarischen Bürgerrente:

25 ➤ Individuelle Versicherungspflicht, die sich auf die gesamte Wohnbevölkerung ab dem 18.  
26 Lebensjahr mit einem individuellen Rentenversicherungsbeitrag erstreckt. Vorrangiges Ziel ist  
27 es, für jedes Gesellschaftsmitglied eine eigenständige und ausreichende Anwartschaft  
28 aufzubauen. Also eine individuelle Altersabsicherung unabhängig von der Familien- und  
29 Haushaltskonstellation. Damit entfallen die Hinterbliebenenversorgung (-35 Mrd. Euro für  
30 2006) sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (-3,2 Mrd. Euro für  
31 2006).

32 ➤ Beibehaltung der Lebensstandardsicherung (Nettorentenniveau bei knapp 70%)

33 ➤ Paritätische Finanzierung bleibt erhalten

34 ➤ Vorgesehen ist ein Mindestbeitrag, mit dem ein Anspruch auf die vorgesehene „echte“  
35 Mindestrente von 800 Euro erzielt werden kann. Bei Geringverdienern schlägt sich somit eine  
36 starke Staatskomponente nieder.

1 ➤ Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben. Bemessungsgrundlage für die Berechnung  
2 der Beiträge sind die individuellen Erwerbseinkommen.

3 ➤ Das Äquivalenzprinzip wird bis zu einer Rentenhöhe, die dem 1,5-fachen der  
4 Durchschnittsrente entspricht gewährt. Rentenansprüche, die darüber hinausgehen,  
5 erfahren eine regressive Berechnung.

6 Die Modellberechnung bei Einbeziehung der oben genannten Eckpunkte im gegenwärtigen  
7 Rentensystem ergibt folgende Ergebnisse:

8 Die Einbeziehung der gesamten Wohnbevölkerung in Verbindung mit dem Wegfall der  
9 Beitragsbemessungsgrenze (BBG) führt in der Modellberechnung (Status-quo-Berechnung und  
10 Modellstatus für das Jahr 2006) zu einer Erhöhung der Einnahmen in der Rentenversicherung um 105  
11 Milliarden Euro pro Jahr. Die Aufhebung der BBG und die Einbeziehung aller Personen in den  
12 Versichertenkreis führen auf der Ausgabenseite zu Mehrkosten von rund 54 Milliarden Euro.  
13 Insgesamt ergibt sich durch die Umstellung auf ein universelles Alterssicherungssystem in der  
14 statischen Berechnung ein Einsparpotenzial von rund 50 Milliarden Euro. Diese Mehreinnahmen  
15 könnten z.B. für eine Beitragssatzsenkung um 4 bis 5 Beitragspunkte genutzt werden, die sich dann  
16 auch auf die Höhe des zu leistenden Mindestbeitrags auswirken würde.

17 Die bisherige Rentenversicherung soll also mittel- bis langfristig in eine der modernen  
18 Erwerbslandschaft entsprechende Bürgerversicherung ohne zum Teil privilegierte „Nebensysteme“  
19 überführt werden. Ein derartiges die gesamte Wohnbevölkerung einbeziehendes  
20 Pflichtversicherungssystem wäre aus Finanzierungsgesichtspunkten im Verhältnis zur erodierenden  
21 GRV deutlich stabiler und zugleich unabhängig von strukturellen Verschiebungen innerhalb der  
22 verschiedenen Formen der Erwerbsarbeit. Das universelle Alterssicherungssystem emanzipiert jedes  
23 Individuum und macht es frei und unabhängig. Ein zusätzlicher Schutz für die gesamte erwachsene  
24 Bevölkerung (auch Selbständige und erwerbslose Verheiratete) ergäbe sich durch den aus der  
25 Pflichtmitgliedschaft in der GRV ergebenden Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente.

26 Die Nachhaltigkeit der universellen Alterssicherung ist im Kampf gegen Altersarmut jedoch lediglich  
27 ein Teilaspekt. Erforderlich sind neben einer aktiven Wirtschaftspolitik eine „Ent-Prekarisierung“ von  
28 Beschäftigungsverhältnissen sowie eine verteilungsneutrale Lohnpolitik. Dieses integrierte  
29 Grundrentensystem ist ein Gesamtkonzept für ein Armut vermeidendes und demographiefestes  
30 Alterssicherungssystem.

31

## 1 **Perspektiven für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik - Zusammenfassung**

2 Wenn wir wieder für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten, können wir das verlorene  
3 Vertrauen sowohl unserer Wähler als auch unserer Mitglieder wieder zurückgewinnen. Das bedeutet  
4 aber auch, dass wir breite Schichten für eine solidarische Gesellschaft erobern und das Bewusstsein  
5 für eine menschlichere Gesellschaft stärken. Das entscheidet sich über die konkrete Politik, für die  
6 wir kämpfen:

7 - Mit der Unterordnung der Finanzmärkte unter die Interessen von Gesellschaft und  
8 Gesamtwirtschaft

9 - Mit der konsequenten Bekämpfung der steigenden Ungleichheit, die nicht nur sozial  
10 ungerecht, sondern mit großen makroökonomischen Risiken verbunden ist

11 - Mit der Einführung eines Mindestlohnes und der Schaffung eines öffentlichen  
12 Beschäftigungssektors

13 - Mit der Bereitstellung von öffentlichen Diensten, der Steigerung unserer Bildungsausgaben  
14 und der Erneuerung der Infrastruktur

15 - Mit einer solidarischen Steuerreform, die auch die Wohlhabenden wieder stärker an der  
16 Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt

17 - Mit einer solidarischen Bürgerrente, die alle Menschen in diesem Land schützt und die  
18 Sozialkassen entlastet

19 Wir müssen das Selbstbewusstsein haben, für die Mehrheit der Menschen zu kämpfen – und unsere  
20 Wirtschaftspolitik für sie und nicht für die Interessen weniger auszurichten. Nur so gewinnen wir  
21 Vertrauen und damit auch wieder Mehrheiten.

22 Berlin, 29. Januar 2010

23 **Markus M. Grabka**

24 **Cansel Kiziltepe**

25 **Erik Klär**

26 **Fabian Lindner**

27 **Camille Logeay**

28 **Till van Treeck**

29 **Achim Truger**

30 **Dieter Vesper**

31